

# Erklärung der unternehmerischen Rechte

## Übermittlung an die Institutionen der EU aus Anlass des 60jährigen Bestehens von EUROCHAMBRES

### Zusammenfassung der 12 unternehmerischen Rechte:

#### 1. Ein voll funktionsfähiger Binnenmarkt

Grenzüberschreitende Geschäftstätigkeit, besonders im Dienstleistungsbereich, wird noch immer durch viele unnötig verschiedene nationale Voraussetzungen behindert. Im digitalen Zeitalter müssen Bestimmungen und Aufbau des Binnenmarkts sicherstellen, dass „digital by default“ auch gleichsam „cross-border by default“ bedeutet.

#### 2. Faire und günstige Handelsbedingungen über die EU hinaus

Die EU muss den starken Zusammenhang zwischen Internationalisierung und Wachstum nutzen, um weiter ein globaler wirtschaftlicher Vorreiter zu bleiben. Dabei ist es essentiell, KMU in der Handelspolitik entsprechend zu berücksichtigen.

#### 3. Angemessen geschulte, qualifizierte und flexible Arbeitskräfte

Missverhältnisse zwischen Qualifikationsangebot und Qualifikationsnachfrage sowie ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften sind eine wachsende Sorge der europäischen Unternehmen angesichts sich rasant entwickelnder Märkte, Gesellschaften und Technologien. Eine exakte Prognose des Qualifikationsbedarfs, Mobilität, Berufsausbildung und Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Bildungswesen sind Schlüsselemente, um diesen Herausforderungen zu begegnen.

#### 4. Die erfolgreiche wirtschaftliche Integration von Migranten

Die humanitäre Herausforderung infolge der Flüchtlingskrise kann nur durch eine erfolgreiche soziale und wirtschaftliche Integration gelingen. Durch die Einführung effektiver, partnerschaftlicher Maßnahmen, welche speziell KMU unterstützen, können Migranten auch dabei helfen, den Fachkräftemangel in Europa zu verringern.

#### 5. Verfügbare und geeignete Finanzierungslösungen

Ein Ungleichgewicht zwischen dem Finanzierungsangebot und den Bedürfnissen von Unternehmen behindert Investitionen und Wachstum. Auf EU-Ebene muss mehr getan werden, um einen besseren Ausgleich zwischen den Erwartungen der Finanzierungsgeber und Kapital suchenden Unternehmern zu finden.

#### 6. KMU freundliche Formulierung, Umsetzung und Überwachung der EU-Gesetzgebung

Auch wenn die Notwendigkeit des Prinzips „Vorfahrt für KMU“ von politischen Entscheidungsträgern weitgehend und formal anerkannt ist, verabsäumen diese in der Praxis noch immer zu oft, es anzuwenden. Dies muss sich ändern, wenn die EU in der nächsten Legislaturperiode KMU – damit 99% aller europäischen Unternehmen und deutlich mehr als die Hälfte der Beschäftigten und der Wertschöpfung – unterstützen möchte zu wachsen und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

#### 7. Maßnahmen, um Unternehmertum überall in Europa anzuregen

Politische Entscheidungsträger können Unternehmertum attraktiver machen. Unternehmerische Erziehung sollte in Curricula aufgenommen werden, mit besonderem Augenmerk auf Frauen und Migranten: Europa muss für Unternehmer attraktiv werden!

#### 8. Ein Ökosystem, das die Entstehung und das Wachstum von Unternehmen unterstützt

Aufbauend auf die lebendige Start-up-Szene in Teilen Europas muss mehr getan werden, um sowohl junge als auch etablierte Unternehmen bei der Expansion zu unterstützen. Die EU kann am besten durch die Vollendung des Binnenmarkts Wachstumsmöglichkeiten für Unternehmen schaffen, jedoch könnte und sollte noch mehr auf europäischer Ebene getan werden.

#### 9. Eine zweite Chance nach dem Scheitern und einfachere Unternehmensübertragungen

Europa muss daran arbeiten, vermeidbares unternehmerisches Scheitern zu minimieren und den Übergang von rentablen Unternehmen zu ermöglichen. Anleitung und Beratung sind angesichts der großen Komplexität beider Themenstellungen wichtig. Die EU sollte eine proaktive Rolle beim Vorantreiben von Reformen spielen und angemessene Unterstützung auf allen Ebenen sicherstellen.

#### 10. Wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen, die Risikobereitschaft erlauben und Innovation anregen

Die politischen Entscheidungsträger müssen das unvermeidbare Risiko im Wirtschaftsleben, besonders im Zusammenhang mit rasch wachsenden, innovativen Aktivitäten, anerkennen. Daher müssen Beamte und Politiker, von der europäischen Ebene abwärts, verantwortungsvolle Risikobereitschaft und Innovation verstehen und dies in ihren Entscheidungen und Handlungen widerspiegeln.

#### 11. Fortschrittliche, vernetzte und zugängliche digitale Infrastruktur

Digitalisierung ist ein wesentlicher Bestandteil der meisten Geschäftsmodelle. Dabei sind Konnektivität und Sicherheit zentrale Voraussetzungen. Die EU ist entscheidend bei der Festlegung der rechtlichen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen und muss diese unternehmens- und insbesondere KMU-freundlich gestalten.

#### 12. Leistbare und verlässliche Versorgung mit Energie und Rohstoffen

Die EU-Politik strebt eine kohlenstoffarme, regenerative und vollständige Kreislaufwirtschaft an. Diese wichtigen Bekenntnisse können nur durch ein aktives Engagement der gesamten Wirtschaft erreicht werden, was entsprechende Rahmenbedingungen, zielgerichtete Unterstützungen und ein marktbasierendes Vorgehen voraussetzt.



Christoph LEITL

 Ines MUCOSTEPA 	 Martin SARGSYAN 	 Martha SCHULTZ 
 Niyaz ALI-ZADA 	 Vladimír ULAKHOVICH 	 René BRANDERS 
 Ahmet EGRLIĆ 	 Tsvetan SIMEONOV 	 Luka BURILOVIC 
 Christodoulos E. ANGASTIONOTIS 	 Vladimír DLOUHÝ 	 Jens KLARSKOV 
 Mait PALTIS 	 Juho ROMAkkANIEMI 	 Pierre GOGUET 
 Branko AZESKI 	 Nino CHIKOVANI 	 Wolfgang GRENKE 
 Constantine MICHALOS 	 László PARRAGH 	 Michl EBNER 
 Ian TALBOT 	 Uriel LYNN 	 Safet GERXHALIU 
 Jānis ENDZIŅŠ 	 Rimantas ŠIDLAUSKAS 	 Michel WURTH 
 David ZAHRA 	 Sergiu HAREA 	 Vlastimir GOLUGOVIĆ 
 Claudia ZUIDERWIJK 	 Marit WARNCKE 	 Marek KLOCZKO 
 Bruno BOBONE 	 Mihai DARABAN 	 Sergey KATYRIN 
 Marko CADEZ 	 Peter MIHOK 	 Sonja ŠMUC 
 Miquel VALLS I MASEDA 	 Stephan MÜCHLER 	 Regine SAUTER 
 M. Rifat HISARCIKLIOĞLU 	 Gennadiy CHIZHYKOV 	
 AIC FORUM Mirjana ČAGALJ 	 INSULEUR Georg BENETOS 	